

## Rezensionen

**Karl-Heinz Schmidt: Dialog über Deutschland. Studien zur Deutschlandpolitik von KPdSU und SED (1960-1979).** Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1998. 356 S., 89,- DM.

**Deltlef Nakath/Gerd-Rüdiger Stephan: Die Häber-Protokolle. Schlaglichter der SED-Westpolitik 1973-1985.** Dietz Verlag, Berlin 1999, 480 S., 48,- DM.

**Karl-Rudolf Korte: Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft. Regierungsstil und Entscheidungen 1982-1989.** In: „Geschichte der deutschen Einheit“, Bd. 1. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1998. 720 S., 128,- DM.

Im Kreml und auf der Krim wurde schon immer viel über Deutschland geredet. Besonders ausführlich kam dieses Thema immer dann zur Sprache, wenn Spitzenfunktionäre der SED mit den Führungskräften der KPdSU zusammentrafen. Unter beiden kommunistischen Bruderparteien wurde das fortwährende Gespräch über das Land der Vordenker des Sozialismus auch in Ost-Berlin weiter geführt, wann immer sowjetische Freunde in der Hauptstadt der DDR als Durchreisende oder zu Konsultationen vorbeikamen. Zuerst ging es beim Reden über Deutschland noch um's Ganze und darum, wie man es in die Hand bekommen könnte. Später stand die Abspaltung und Abschirmung der DDR im Vordergrund. Die ostdeutschen Separatisten hätten ohne sowjetische Korsettstangen nie aufrecht stehen gekonnt. Dennoch taumelten sie, was ihre Deutschlandpolitik betraf, mehr von Versuch zu Versuch, als daß sie wirklich fortschritten, wie sie es stets Glauben machen wollten. Den Fortschritt konnten sie mit ihren veralteten Denkmustern am Ende nicht mehr verstehen, geschweige denn aufhalten.

Karl-Heinz Schmidt analysiert in seiner Studie einige entscheidende deutschlandpolitische Strategiedebatten der sechziger und siebziger Jahre, die innerhalb der SED und zwischen der ostdeutschen Staatspartei und ihrer sowjetischen Führungsmacht stattgefunden haben. Schmidts Untersuchung untergliedert ihre zeitliche Achse nach westdeutschen Zäsuren, sie „orientiert sich an der Abfolge der Regierungen in der Bundesrepublik“. Der Autor begründet das damit, daß es im Dialog zwischen der KPdSU und SED „vor allem um die Reaktion auf die unterschiedlichen deutschland- und ostpolitischen Konzepte der verschiedenen Bundesregierungen“ gegangen sei. Damit ist zugleich auch ein Ergebnis der Tiefenschnitte vorweggenommen, die in der Studie anhand verschiedener Verhandlungsabfolgen zwischen Moskau und Ost-Berlin vorgenommen werden. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, sei die Deutschlandpolitik von SED und KPdSU gegenüber der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung des Westens reaktiv und defensiv geblieben. Gelegentliche Versuche, auf ideologischem, diplomatischem und militärischem Felde in die Vorhand zu gelangen, konnte der Westen auskontern.

Die Stärke von Schmidts Arbeit liegt in der tiefgehenden Analyse des zugänglichen Quellenmaterials. Insbesondere, was das DDR-sowjetische Verhältnis zur Zeit des späten Ulbricht betrifft, bietet Schmidt durch einen konsequent hermeneutischen Zugriff Einblicke in die Kontroversen zwischen SED und KPdSU. Ein dickes Fragezeichen gehört indes hinter Schmidts These, daß „die achtziger Jahre keine prinzipiell neuen Aspekte“ für den von ihm untersuchten Zusammenhang geboten hätten, da „es bis zur Umkehr der sowjetischen Deutschlandpolitik 1988/89 prinzipiell bei dieser Konstellation geblieben“ sei, die er in seiner Analyse des KPdSU-SED-Dialogs

über Deutschland für die Zeit bis 1979 herausgearbeitet hat.

Mit dem Regierungsantritt Helmut Kohls, dem von Franz-Josef Strauß eingefädelt Milliardenkredit und der Nebenaußenpolitik der SPD-Opposition schälte sich eine deutlich andere Konstellation im deutsch-deutschen Beziehungslinien heraus, als das bis 1979 der Fall war. Ein tiefer Einbruch in die bundesdeutsche politische Kultur gelang SED und KPdSU mit Hilfe ihrer Westgenossen und deren Weggefährten im Rahmen der Friedensbewegung Anfang der achtziger Jahre. Ein Techtelmechtel wie das gemeinsame SPD-SED-Ideologiepapier wäre unter Helmut Schmidts Verantwortung vermutlich nicht zustande gekommen.

### *Macht, Moral und Vergeßlichkeit*

Die „Häber-Protokolle“ legen eine andere Schlußfolgerung nahe. Die sich „intensivierenden innerdeutschen Gesprächskontakte“ - von Karl-Heinz Schmidt für „die Grenzen des deutschlandpolitischen Handlungsspielraums“ als nicht erheblich bewertetet - waren genaugenommen maßgeblich der finanzstrategischen Hinwendung des ostdeutschen Teilstaates zur ungeliebten Westrepublik geschuldet, was auch einige der von Detlef Nackath und Gerd-Rüdiger Stephan herausgegebenen Häber-Gespräche deutlich machen. Die Kontroverse, zu der es infolge der von Herbert Häber verantworteten Westpolitik zwischen der SED-Führung und der KPdSU-Spitze kam, übertrifft an Schärfe bei weitem jene Dissonanzen, die den ostdeutsch-russischen Dialog über Deutschland in den sechziger und siebziger Jahren begleitet haben. Die Art, wie Erich Honecker und sein engster Führungskreis im August 1984 in Moskau von KPdSU-Chef Tschernenko, Verteidigungsminister Ustinow und anderen Großrussen in die Stiefel gestellt wurden, ist beispielhaft für den beginnenden Sit-

tenverfall im Sowjetimperium. Herbert Häber hat das sowjetische Verbot der durch ihn vorbereiteten Westreise Honeckers bitter bezahlt. Er flog aus dem Politbüro und wurde zeitweilig psychiatrisiert. Um den Wahnsinn auf die Spitze zu treiben, hatte das MfS - sollte Häber sich nicht in sein Schicksal schicken - vorsichtshalber seine politische Liquidierung vorbereitet, indem es ein Geheimdossier bereit hielt, das den Schluß nahelegte, Häber sei seit den fünfziger Jahren ein westlicher Informant gewesen.

Die Herausgeber Nakath und Stephan nennen die politische Ausradierung Häbers in ungelenker PDS-Diktion einen „moralisch verwerflichen Vorgang“ bzw. einen „für die achtziger Jahre präzedenzlosen Umgang mit einem politischen Konkurrenten im Politbüro, als es um den persönlichen Machterhalt des SED-Generalsekretärs und der ihn unterstützenden Gruppe ging“. In einer erläuternden Fußnote heißt es dazu: „Normalerweise durften die MfS-Organen nicht gegen Mitglieder der Parteiführung tätig werden.“ Nun gingen normalerweise weder Ulbricht, Honecker, Krenz und Co. samt ihrer Politbüros, noch Erich Mielke moralisch zu Werke, wenn sie Gegner oder solche, die sie dazu machten, ausschalten wollten; schon gar nicht, wenn es um innerparteiliche Säuberungen ging. Mielke ließ, wie inzwischen vielfach belegt und dokumentiert wurde, für den Fall der Fälle Dossiers über alle möglichen Mitglieder der Parteiführung anlegen, selbst über Vorgänge, die den Generalsekretär Erich Honecker betrafen. Das Vorgehen gegen Häber ist nicht einmal für die achtziger Jahre „präzedenzlos“ - man schaue sich nur Mielkes geheime Schmuddelpapiersammlung über die „Verfehlungen“ von Konrad Naumann an, der zeitgleich mit Häber aus dem Politbüro herausgelöst wurde. Eine erste Quellenanalyse zu diesem Vorgang hat Otto Wenzel in der Nr. 5/1998 dieser Zeitschrift bereits vorgelegt.

Auch die vollmundige Erläuterung von Nakath und Stephan, die von ihnen herausgegebenen Häber-Protokolle würden „nahezu ausschließlich erstmals veröffentlicht“, ist nur die halbe Wahrheit. Tatsächlich sind zahlreiche der Häber-Mitschriften durch einschlägige Forschungsarbeiten und journalistische Publikationen schon seit Jahren in ihren wesentlichen Inhalten bekannt und breit diskutiert worden. „Erstmals veröffentlicht“ werden sie jetzt von Nakath und Stephan in voller Länge, was im Prinzip eine ordentliche Leistung ist, die recht eigentlich auf sensationsheischendes Selbstlob verzichten könnte.

Vor den Häber-Protokollen wurden schon einige Tausend Seiten des deutschen Geredes zwischen SED einerseits sowie SPD, FDP, Grünen, CDU und CSU andererseits in diversen Sammelbänden veröffentlicht, ganz oder auszugsweise - die Kungelei mit DKP und SEW nicht zu vergessen. Wer noch mehr davon lesen will oder sich immer noch einmal peinlich berühren lassen möchte, wird von Nakath und Stephan reich und einseitig bedient. Denn hinter der Publikationsstrategie dieser beiden teilgewendeten SED-Jungtürken steckt Hintersinn. Der 1987 begonnene innersozialistische SED-SPD-Dialog soll eine nicht allein rückwärtsgewandte Nachwende-Legitimation erfahren. Es wird mit Perspektive zusammengeschustert, was eine Weile schon linke Klitterung zusammenkittet: der Bielefelder und der Brandenburger Weg.

Ein gelegentlicher Co-Autor Stephans hat jüngst in Berlin einen „Markt der Möglichkeiten“ auf dem Gebiet der Geschichtspolitik ausgerichtet und vorgeführt, wie das funktioniert. Frei nach dem Motto: Es muß pluralistisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand behalten. Zur Sinnstiftung durch Historie haben sich die Brüder durchaus nicht nur einst schon die Hände gereicht. Weggelassen wird dabei auch schon mal ganz

gerne das ein oder andere Dokument - Nakath/Stephan behaupten, eine bereits 1995 von der Enquete-Kommission des Bundestages veröffentlichte und 1994 öffentlich und heftig diskutierte Gesprächsmitschrift Häbers über ein Zusammentreffen mit Antje Vollmer sei „nicht auffindbar“. Zum wiederholten Male „vergessen“ wurde auch in der Autorenbiographie Stephans dessen Verortung in der ZK-Nomenklatur. Er habe, heißt es im Klappentext, vor 1989 in der „Akademie für Gesellschaftswissenschaften Berlin“ eine Aspirantur innegehabt. Nun gab es aber damals keine „Akademie für Gesellschaftswissenschaften Berlin“, und der damalige Aspirant - heute „Geschäftsführer des Brandenburger Vereins für Politische Bildung ‚Rosa Luxemburg‘ e.V.“ - hätte sich seinerzeit wohl auch dagegen verwahrt, nicht als der vorgestellt zu werden, der er war, denn schließlich war man doch wer, bei der „Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED“. Das war ein Institut im Status einer Abteilung des ZK der SED - Ideologiewerkstatt und Ideologenschmiede zugleich.

In ihrer Einführung zu den Häber-Protokollen mäkeln Nakath und Stephan, Karl-Rudolf Korte würdige „in relativ unkritischer Weise die Deutschlandpolitik des ‚ewigen Kanzlers‘“. Wären sie nur annähernd so kritisch wie Korte vorgegangen, könnten sie - bei allem Respekt vor Herbert Häbers Bemühungen um eine realistische SED-Westpolitik - wohl kaum von „einer, die Kooperation suchenden und den Interessen beider deutscher Staaten dienenden, Deutschlandpolitik der SED“ phantasieren. Die Deutschlandpolitik der SED, auch die von Herbert Häber verantwortete, stand im Dienst nur eines Staates: der DDR. Sie zielte im von Nakath und Stephan dokumentierten Zeitraum strategisch auf die Abwehr des Wiedervereinigungsgedankens und den Erhalt des ostdeutschen Separatstaates. Die Überwindung dieser

Einseitigkeit hat wenig mit Herbert Häbers Gesprächen und noch weniger mit dem Willen der SED zu tun. Großen Anteil hat daran aber die Politik eines Mannes, den Nakath und Stephan hämisch den „ewigen Kanzler“ nennen und noch größeren die ostdeutsche Gesellschaft, die sich eben gerade nicht so verhielt, wie von der „Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED“ und ähnlichen Einrichtungen vorgesehen.

### *Ein Standardwerk*

Karl-Rudolf Korte ist mit seiner Untersuchung „Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft“ ein großer Wurf gelungen. Seine Studie zu „Regierungsstil und Entscheidungen“ des Kabinetts Kohl zwischen 1982 und 1989 ist als 1. Band der vierbändigen „Geschichte der deutschen Einheit“ erschienen. Die Materialbasis, auf die Korte zurückgreifen konnte, ist für sich schon beeindruckend. Neben Primärquellen, wie den Arbeitsakten des Bundeskanzleramtes, des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen, der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin, der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, des Bundesvorstandes der CDU, des ehemaligen Parteiarchivs der SED etc., fanden zahlreiche Befragungen der politischen Akteure und die inzwischen fast unüberschaubare Sekundärliteratur Eingang in seine Darstellung der Deutschlandpolitik Helmut Kohls in den ersten sieben Jahren seiner Kanzlerschaft. Korte eröffnet einen kritischen Einblick in zahlreiche Vorgänge, die den kleinen und großen deutschlandpolitischen Entscheidungen des Kabinetts und zuweilen auch des engeren Kreises um Helmut Kohl vorausgegangen sind. Kortens Untersuchung belegt in vielfacher Hinsicht die historische Rolle Kohls, der über den gesamten Zeitraum von seinem Regierungsantritt bis zur friedlichen Revolution in der DDR

darauf hinwirkte, daß die Politik der Bundesregierung den Wiedervereinigungsgedanken sowohl im Rahmen praktischer Deutschlandpolitik, als auch in programmatischen Grundsatzserklärungen zur Einheit der Nation als ein Kernelement ihres Regierungshandelns begriff.

Nakath und Stephan meinen in der Einleitung ihrer Dokumentensammlung, sich mit der Feststellung begnügen zu können, „daß man auf beiden Seiten Deutschlandpolitik als eine politische Ebene verstand, die keinesfalls kurzfristig die Herstellung der deutschen Einheit zum Ziel hatte“. Korte weist hingegen akribisch nach, wie die Bundesregierung durch ihre Verhandlungspolitik gegenüber der wirtschaftlich abwärtsstrudelnden DDR Zug um Zug eine ganze Reihe von Veränderungen, vor allem auch auf humanitärem Gebiet, erwirken konnten. Es ging dabei natürlich nicht um die kurzfristige Herstellung der deutschen Einheit, sondern um die Kunst des Möglichen in der aktuellen Situation. Doch der Leitgedanke ihres konkreten deutschlandpolitischen Bargainings war auf Seiten der Bundesregierung die Aufrechterhaltung der Einheit der Nation. Auf Seiten der DDR hingegen beeinflussten vor allem wirtschaftliche Fragen und der Vollzug der sowjetischen Europapolitik das strategische Kalkül. Der SED strebte langfristig das Gegenteil dessen an, was ihr Kontrapart, die CDU/CSU/FDP-Koalition, verfolgte. Insofern ist die Behauptung von Nakath und Stephan, es sei „kurzfristig“ keiner der beiden politischen Führungen um die Einheit gegangen, Spiegelfechtereie. Die SED wollte den Erhalt der Teilung. Erich Honecker hatte in seiner berühmten Thomas-Münzer-Rede den Bestand der Mauer für die nächsten 50 bis 100 Jahre angekündigt, falls die Gründe für ihre Errichtung weiterbeständen. Mit dem Ende der SED-Diktatur verschwanden 1989 die Gründe für die Errichtung der Mauer auf ganz andere Weise als von Honecker

erwartet. Die Wiedervereinigung war nun durch die weltpolitische Konstellation und das Aufbegehren der DDR-Bürger realpolitisch möglich geworden und daher sehr schnell ein realistisches kurzfristiges Anliegen der Regierung Kohl. An Alternativen dazu hat es nicht gemangelt. Krenz, Modrow, Gysi und Lafontaine - um nur einige der herausragenden Kohlgegner zu nennen - meinen ja heute noch, langsamer wäre man mit der Wiedervereinigung schneller vorangekommen.

Als kompetenter Zeitzeuge erinnerte sich Erich Honecker während seiner Untersuchungshaft im Jahre 1992 in seinen „Moabiter Notizen“ an die Haltung der Bundesregierung während seines Staatsbesuches in Westdeutschland: „Bereits 1987 in Bonn, habe ich“, notierte Honecker in der Moabiter U-Haft, „anlässlich meines Besuches in der BRD versucht, den Vereinigungseifer der Bundesregierung zu dämpfen. Unter anderem durch den Hinweis, daß die Vereinigung von Sozialismus und Kapitalismus ebenso wenig möglich ist, wie von Feuer und Wasser.“ Dieses Gleichnis stand nicht im damaligen Redemanuskript seiner Ansprache an den Bundeskanzler, aber O-Ton Honecker: „Angesichts seiner überraschenden provokativen Ausfälle gegen die DDR, die völlig anders waren als die internen Gespräche, hielt ich es für notwendig, das zu sagen.“ Helmut Kohl hatte in seiner Tischrede erklärt, „das Bewußtsein für die Einheit der Nation ist wach wie eh und je“, worauf Honecker zum Gleichnis von Feuer und Wasser griff.

Nachdem der sozialdemokratische Parteihistoriker Heinrich Potthoff und einige andere schon seit Jahren meinen, durch eine Flut von Dokumenten-Publikationen die Differenzen in der Deutschlandpolitik zwischen CDU/CSU/FDP-Regierung und der SPD-Opposition nivellieren zu können, treten inzwischen parteiliche Historiker aus der ehemaligen DDR immer heftiger mit dem Versuch hervor, das Kernanliegen der SED-Deutschland-

politik in den siebziger und achtziger Jahren hinter einer mit Dokumenten geflasterte spanische Wand zu verbergen. Weder „keinesfalls kurzfristig“ hatte die SED „die Herstellung der deutschen Einheit zum Ziel“, noch langfristig. Die Verantwortung für die Spaltung Deutschlands kann kein noch so cleverer Formulierungstrick aus der Geschichte der SED herausreden. Die Rolle der Bundesregierung als Wirkungskraft im Sinne der Einheit Deutschlands ist dank Kortés Buch auf fundierte Weise historisch-kritisch festgeschrieben.

### *Gleiche Augenhöhe*

An der Tatsache, daß Helmut Kohls Beharren auf der Einheit der Nation für die Jahre bis zur Wiedervereinigung von nachhaltiger historischer Bedeutung war, werden weder die nächsten siebentausend SED-Dokumente zur Deutschlandpolitik rütteln können, die der ehemaligen SED-Dietz-Verlag noch auf den Markt bringen mag, noch der Massenauftrieb sozialdemokratischer und demokratisch-sozialistischer Historiker und Politikwissenschaftler, den die Bundesanstalt für politische Bildung gemeinsam mit dem entsprechenden Leitinstitut aus der Mark Brandenburg vor kurzem zuwege brachte, um auf einer parteilich orientierten Maikundegebung in Berlin Geschichtspolitik zu schreiben.<sup>1</sup>

„Auf gleicher Augenhöhe“, so wünschte Schirmherr Wolfgang Thierse möge Ost und West zueinander kommen, was aber in den Hörsälen der Humboldt-Universität schon wegen der baulichen Gegebenheiten gründlich mißlang, als DDR-Kenner aus West und Ost unter dem Motto „Getrennte Vergangenheit - Gemeinsame Geschichte?“ zusammenkamen. Die Zeiten, als ein ganzer Kerl noch mit dem Spruch „Schau mir in die

<sup>1</sup> Geschichtsforum 1949/1989/1999 „Getrennte Vergangenheit - gemeinsame Geschichte“, Berlin, 28.-30. Mai 1999.

Augen, Kleines!“ zur Sache kommen durfte, sind vorbei. Auch die pädagogische Hocke, mit der Erwachsene sich auf gleiche Augenhöhe mit ihren lieben Kleinen bringen, hilft nur so lange, wie die Großen es unten aushalten.

Die „getrennte Vergangenheit“ war zunächst eine Schöpfung des SED-Antifaschismus: Die DDR als Land der Nazi-Gegner auf Seiten der Sieger der Geschichte, Westdeutschland als nationalsozialistisch verseuchter Nachfolgestaat. Die „getrennte Vergangenheit“ hatten auch einige westdeutsche DDR-Experten in den Rang eines Leitgedankens historischer Forschung über den „zweiten deutschen Staat“ gesetzt, und die getrennte Geschichte war ebenfalls vor 1989 im wesentlichen schon geschrieben.

Jetzt möchte man eine kurzsichtige Perspektive auf das geteilte Deutschland, das Status-Quo-Denken, zur „gemeinsamen Geschichte“ erheben. Dem wird entgegenzuarbeiten sein, um deutlich zu machen, daß die abermalige Konstruktion einer ‚getrennten Vergangenheit‘ von der gemeinsamen Verantwortung dafür ablenkt, was von den Bürgerinnen und Bürgern beider deutscher Staaten - ob getrennt oder gemeinsam - und was von den jeweiligen politischen Verantwortungsträgern in der bzw. gegen die SED-Diktatur getan oder nicht getan worden ist. Es ist der SED letztendlich nicht einmal gelungen, die vielbeschworenen Lebenswelten so zu trennen, daß als Faktizität zur Geltung gekommen wäre, was einäugige Geschichtspolitik dort hinein interpretieren möchte. So kompliziert die doppeldeutsche Geschichte zwischen 1948/49 und 1989 war, die Übersicht muß nicht verloren werden, wenn Details der Zeitgeschichte unter das historiographische Brennglas gelegt werden. Die Wiedervereinigung war kein Zufall.

*Jochen Staadt*

**Dieter Grosser: Das Wagnis der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Politische Zwänge im Konflikt mit ökonomischen Regeln. In: „Geschichte der deutschen Einheit“, Bd. 2. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1998. 584 S.; 128,- DM.**

Die Entscheidung der Bundesregierung im Februar 1990, der Regierung der DDR eine schnellstmögliche Währungsunion anzubieten, stellt rückblickend zweifellos den wesentlichen Schritt zur politischen Vereinigung beider deutscher Staaten dar. Angesichts eines länger als erwartet und erhofft dauernden Vereinigungs- und Transformationsprozesses in den neuen Bundesländern, der mit hohen sozialen und ökonomischen Kosten belastet war und noch immer ist, wird diese Entscheidung von vielen Kritikern als eine Art wirtschaftspolitischer „Sündenfall“ bewertet, dem die unbefriedigende Entwicklung in Ostdeutschland maßgeblich anzulasten sei.

Das vorliegende Buch des emeritierten Münchner Politikwissenschaftlers Dieter Grosser besitzt alle Voraussetzungen, zu einem Standardwerk über die nach wie vor kontrovers beurteilte deutsche Währungsunion von 1990 zu werden. Es ist umfassend, durchgängig spannend geschrieben und gründlich recherchiert. In sechs Kapiteln (drittes bis achttes Kapitel) behandelt der Autor die sehr kurze, aber trotzdem äußerst intensive Geschichte des beginnenden und rasch an Dramatik und Geschwindigkeit gewinnenden sozio-ökonomischen Umbruchsprozesses in der DDR zwischen Oktober 1989 und Juli 1990. Diese Analyse ist eingebettet in eine Bestandsaufnahme der ökonomischen Ausgangssituation der achtziger Jahre in der DDR und der Bundesrepublik (erstes und zweites Kapitel) sowie in eine vorläufige Bilanz der teilweise sehr schmerzlichen Entwicklung danach (neuntes Kapitel).

Die Suche nach adäquaten wirtschaftspolitischen Konzepten und die Debatten

über Alternativen werden ebenso ausführlich geschildert, wie die komplexen Vorbereitungen und schwierigen Verhandlungen zum ersten Staatsvertrag. Insbesondere die Auswertung der Akten des Bundeskanzleramtes und des Bundesministeriums für Finanzen (BMF), die der Autor lange vor Ablauf der 30jährigen Sperrfrist einzusehen Gelegenheit hatte, vermittelt interessante und zum Teil bislang unbekannt Details des politischen Such- und Entscheidungsprozesses. Dabei wird wohl zum ersten Mal systematisch dokumentiert, wie früh (nämlich bereits seit Mitte Dezember 1989) man sich im BMF Gedanken über eine rasch durchzuführende Währungsunion mit der DDR gemacht hatte, die bei unkontrollierbar werdender Dynamik im anderen deutschen Teilstaat zur einzigen erfolgversprechenden Alternative bundesdeutscher Politik avancieren konnte. Daran wird deutlich, welch wichtigen Anteil führende Mitarbeiter des Ministeriums an der Ausarbeitung und Implementierung der Konzeption hatten. Die Idee der deutsch-deutschen Währungsunion fiel also keineswegs im Februar 1990 vom Himmel, zumal sie bereits seit November 1989 von ganz verschiedenen Personen und Gremien in die Debatte geworfen worden war. Gleichwohl erschien dieser Schritt vielen Zeitgenossen als zu phantastisch, um ernsthaft in Erwägung gezogen zu werden. Das galt zunächst ganz sicher auch für nahezu das gesamte Bundeskabinett.

Obwohl Grosser aus seiner Sympathie für die damalige Entscheidung keinen Hehl macht, bleibt seine Darstellung und Diskussion der Gegenpositionen stets fair und ausgewogen. Er spart durchaus nicht mit Kritik an der Vereinigungspolitik. Einen Hauptfehler sieht er rückblickend in einer gravierenden Überschätzung der materiellen und konzeptionellen Ressourcen der alten Bundesrepublik; nicht zuletzt dadurch wurden unrealistische Erwartungen geweckt.

Seine abschließende Bewertung der Entscheidung und ihrer Alternativen (zehntes Kapitel) fällt dementsprechend moderat aus. An einem allerdings läßt er keinen Zweifel aufkommen: Die getroffene Entscheidung als solche hält er auch noch rückblickend für richtig, gewiß nicht in allen Details, aber doch in ihren Grundlinien. Die einzige grundsätzliche Alternative wäre für ihn im Frühjahr 1990 der Verzicht auf die Einheit gewesen; aus heutiger Sicht erscheint es fraglich, ob diese Alternative wirklich bestanden hat.

Interessanterweise belegt Grossers Argumentation sehr deutlich, daß hier von einem Konflikt zwischen Politik und Ökonomie keine Rede sein konnte, wohl aber von einem Konflikt zwischen Politik und Teilen der vorherrschenden Ökonomie. Gewiß konnte man sich ökonomisch günstigere Bedingungen für die eingeschlagene Politik ausmalen; das aber gehört in den Bereich realitätsfernen Wunschdenkens, nicht in den der Politik als der Kunst des Möglichen. Insoweit hätte Dieter Grosser den Untertitel seiner gelungenen Studie („Politische Zwänge im Konflikt mit ökonomischen Regeln“) besser mit einem Fragezeichen versehen.

*Walter Heering*

**Wolfgang Jäger (in Zusammenarbeit mit Michael Walter): Überwindung der Teilung. Der innerdeutsche Prozeß der Vereinigung 1989/90. In: „Geschichte der deutschen Einheit“, Bd. 3. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1998. 752 S., 128,- DM.**

Noch im Oktober 1989 schien die deutsche Teilung festgemauert, wie Experten aus Politik und Wissenschaft nicht müde wurden zu betonen. Hermann Weber etwa, der sozialdemokratische Nestor der DDR-Forschung, warnte vor einem Gerede über eine mögliche Wiedervereinigung, das nur die Reformen in der DDR hemmen würde. Bis weit in die CDU

hinein galt die deutsche Frage als erledigt. Dies änderte sich erst, als die Ostberliner Bevölkerung in der Nacht des 9. November den Fall der Mauer erzwang. Gleichsam über Nacht wurden jahrzehntelang stillgelegte Energien freigesetzt, die den weiteren Lauf der deutschen Geschichte - zumindest bis zum Oktober 1990 - dominierten.

Das von Wolfgang Jäger und Michael Walter verfaßte Buch zu den innerdeutschen Bedingungen der Vereinigung ist Teil einer vierbändigen Gesamtdarstellung zur deutschen Einigung. Die Autoren konnten sich dabei nicht nur auf bereits bekannte archivalische Hinterlassenschaften der SED und verschiedener DDR-Ministerien stützen, sondern auch auf Fallstudien anderer Autoren, die die Entwicklung in der DDR beleuchten.

Auch wenn die äußerst kontrovers geführten Debatten zwischen Regierung und Opposition um das Generelle und das Spezielle des deutschen Vereinigungsprozesses bereits vielfach dargestellt wurden, verdeutlicht die Skizze von Jäger recht anschaulich, wie Bundeskanzler Kohl mit seinem Zehn-Punkte-Programm in die deutschlandpolitische Offensive ging und diese bis zum 3. Oktober 1990 nicht mehr abgab. Die SPD war gespalten, obwohl sie sich mehrheitlich dem Sog zur deutschen Einheit nicht entziehen konnte. Anders die Grünen, die in großer Mehrheit der Vereinigung schroff ablehnend gegenüberstanden. Diese Haltung wurde bekanntlich in der ersten gesamtdeutschen Wahl 1990 vom Wähler entsprechend honoriert.

Die nachfolgenden Kapitel über die Entwicklung in der DDR verbleiben auf einer vorwiegend deskriptiven Ebene und wirken im Vergleich zur Einordnung der Rolle Kohls eher blaß. Das Kapitel über den Zerfallsprozeß der SED und ihre Umbenennung in PDS bezieht neuere Analysen nur unzureichend ein; die Darstellung der Bürgerrechtsgruppen und ihrer Formierung erschöpft sich in einer

summarischen Aufzählung. Auch die Beschreibung der Rolle der Intellektuellen im Einigungsprozeß kann allein schon deshalb nicht überzeugen, weil die Autoren auf knappem Raum den jeweiligen Standpunkten nicht gerecht werden können. Hier haben sie einiges verschenkt.

Plastischer und analytischer fällt dagegen das Kapitel über die Runden Tische aus. Wie auch immer deren Rolle auf der kommunalen, der bezirklichen und der zentralen Ebene ausgefallen sein mag; sie waren Institutionen in einer Übergangsphase und keine Alternative zur parlamentarischen Demokratie. Ihre nachträgliche Mystifizierung verdeckt überdies ihren für die Herrschenden auch instrumentellen Charakter.

Die Schwäche des Buches - überwiegend die Ereignisse darzustellen und nur unzureichend zu kommentieren oder einzuordnen - wird am Fehlen eines Schlußkapitels deutlich. Das Buch plätschert aus, wie es beginnt. So gesehen hat es eher den Charakter eines Sammelbandes, in dem einzelne Kapitel formal verbunden werden, als den einer durchdachten Monographie mit analytischem Anspruch.

*Klaus Schroeder*

**Karl H. Oppenländer (Hg.): Wiedervereinigung nach sechs Jahren. Erfolge, Defizite, Perspektiven im Transformationsprozeß. Schriftenreihe des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung, Nr. 144. Duncker & Humblot, Berlin/München 1997. 617 S., 168,- DM.**

Zur Jahresmitte 1996 wurde die deutsche Öffentlichkeit durch Prognosen zur Wirtschaftsentwicklung der neuen Bundesländer aufgeschreckt, die nichts Gutes verheißen: Die Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts, die 1992 bis 1994 zwischen 8 und 10% lag und noch 1995 immerhin 5% überschritt, sank 1996 auf 2% und wurde für das Folgejahr kaum höher prognostiziert. Diese Ankündigung



war ein Schock. Man mußte anerkennen, daß der wirtschaftliche Aufbau in Ostdeutschlands länger dauern und kostspieliger werden würde als bis dahin angenommen und erhofft wurde.

Vor diesem Hintergrund stellt sich der Sammelband die Aufgabe, in 28 Aufsätzen eine Zwischenbilanz des ostdeutschen Transformations- und Vereinigungsprozesses zu versuchen. Er dokumentiert zugleich die intensiven Bemühungen des ifo-Institutes für Wirtschaftsforschung und insbesondere ihrer 1993 gegründeten Niederlassung in Dresden um wirtschaftliche Analysen und Prognosen für die neuen Bundesländer. Entsprechend wurden drei Viertel der Beiträge von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Institutes verfaßt, lediglich ein Viertel stammt von externen Experten.

Wie der Herausgeber des Bandes und damalige Präsident des ifo Institutes, Karl Heinrich Oppenländer, in seinem Einführungsbeitrag deutlich macht, überlagern sich im Transformationsprozeß Ostdeutschlands drei Problemebenen: Die allgemeinen Schwierigkeiten des ökonomischen und politischen Transformationsprozesses, mit denen alle Staaten des ehemaligen Ostblocks mehr oder weniger zu kämpfen haben, die spezifischen ostdeutschen Verlaufsmuster des Prozesses und schließlich die vorgängigen Problemlagen Westdeutschlands, die im Zuge des einseitigen Institutionentransfers auch auf die neuen Bundesländer übertragen wurden.

Thematisch gliedert sich der Sammelband in acht Teile, in denen spezifische Schwerpunkte gesetzt werden und die wie folgt bezeichnet werden können: Teil I: Transformation und Integration, II: Erfolge und Defizite, III: Westtransfer und Wirtschaftsförderung, IV: Lohnpolitik und Arbeitsmarkt, V: Privatisierung und Kapitalbildung, VI: Sektoraler Strukturwandel, VII: Regionaler Strukturwandel, VIII: Perspektiven und wirtschaftspolitische Konsequenzen.

Alle Beiträge zeichnen sich durch hohe Fachkompetenz und differenzierte Argumentationsmuster aus.

In ihrem abschließenden Beitrag faßt Barbara Schaden die Ergebnisse der Beiträge nochmals zusammen. Eine exzellente Gesamtanalyse des wirtschaftlichen Transformationsprozesses entwirft der Beitrag des sächsischen Staatsministers für Finanzen, Georg Milbradt, der auf einem Vortrag vom Juni 1995 basiert, aber auch noch heute nichts von seiner Aktualität eingebüßt hat. Milbradt liefert eine ausgewogene Bilanzierung der Erfolge und Fehlschläge des Vereinigungsprozesses und diagnostiziert vielfältigen politischen Korrekturbedarf.

Insgesamt enthält der Sammelband eine Fülle empirischen Materials und konzeptioneller Überlegungen, die von keiner seriösen Bewertung des Wirtschaftsprozesses in Ostdeutschland außer acht gelassen werden sollten.

*Walter Heering*

**Herbert Giersch (Ed.) for the Egon-Sohmen-Foundation: Reforming the Welfare State; Springer: Berlin et al. 1997; 332 Seiten; 135,- DM.**

Welche Rolle spielt der Wohlfahrts- oder Sozialstaat bei Entstehung und Beseitigung der hohen Arbeitslosigkeit in den modernen Industrieländern? Welche Bedeutung haben Finanzierungsaspekte für dessen aktuellen Schwierigkeiten? Welche Rolle spielen dabei Fehlsteuerungen individuellen Verhaltens, wie sie etwa in Moral-Hazard-Problemen zum Ausdruck kommen? Gibt es dazu Alternativen? Ist eine Stärkung persönlicher Selbstverantwortung moralisch vertretbar und ökonomisch effizient? Welche Erfahrungen wurden in den verschiedenen Ländern und in den verschiedenen Sicherungssparten gemacht? Dies sind einige der Fragen, die sich im Zusammenhang mit der derzeitigen Krise des Sozialstaates

stellen; sie bilden den Hintergrund des siebten Symposiums der Egon-Sohmen-Foundation, das 1995 mit internationaler Besetzung in Prag stattfand. Das vorliegende Buch dokumentiert die Beiträge und Diskussionen des Symposiums als siebter Band einer im Auftrag der Egon-Sohmen-Foundation von dem renommierten liberalen Kieler Wirtschaftswissenschaftler *Herbert Giersch* editierten Reihe.

Entstanden als Tagungsband, kann das Buch natürlich keinen systematischen Einstieg in Konzeptionen und Praxis sozialstaatlicher Systeme bieten; lediglich einzelne Facetten werden beleuchtet. Gleichwohl findet hier gerade der informierte Leser eine Fülle qualifizierter Argumente zu einschlägigen Themen. Zu Wort kommen vornehmlich namhafte Ökonomen, so insbesondere *Norbert Berthold*, *Michael C. Burda*, *Stefan Homburg*, *Alan Peacock* und *Hans-Georg Petersen*, aber auch einige Politologen und Philosophen, z.B. *Nicholas Deakin* und *Peter Koslowski*. Der Band stellt einige Anforderungen an den Leser und richtet sich hauptsächlich an mikroökonomisch Vorgebildete. Die Lektüre lohnt sich jedoch, da ein derart repräsentativer und qualifizierter Querschnitt liberaler Kritik und Konzeptionen zum Wohlfahrts- und Sozialstaat selten geboten wird.

Im einzelnen gliedert sich der Sammelband in fünf Teile: Part I liefert einen kurzen Überblick über historische Entwicklungslinien, aktuelle Problemstellungen und Kontroversen sowie eine systematische Darstellung wohlfahrtsstaatlicher Moral-Hazard-Probleme. Part II diskutiert das Konzept der „Negativen Einkommenssteuer“ und die zukünftige Rolle von Selbstverantwortung und privater Absicherung. Part III erörtert Erfahrungen in Schweden, Deutschland und Großbritannien, während Part IV verschiedene Sicherungsbereiche und -konzepte analysiert, im einzelnen Rentenver-

sicherung, Gesundheitssystem, Arbeitslosenversicherung sowie die Beziehung von Selbstverantwortung und Solidarität beim Übergang vom Wohlfahrts- zum Sozialstaat. Part V schließlich demonstriert die Effizienzvorteile einseitiger Einkommenstransfers gegenüber Leiharangements im Rahmen eines dynamischen mikroökonomischen Modells.

*Walter Heering*

**Hermann Weber/ Ulrich Mählert (Hg.): Terror. Stalinistische Parteisäuberungen 1936 - 1953. Ferdinand Schöningh Verlag, Paderborn 1998. 618 S., 98,- DM.**

Das Schwarzbuch ist nach den „Antifaschisten“ nun auch zwei deutschen Kommunismusforschern in die Glieder gefahren. Hermann Weber und Ulrich Mählert eröffnen ihren Sammelband über die stalinistischen Parteisäuberungen von 1936 bis 1953 mit einer seltsamen Polemik gegen das „Schwarzbuch des Kommunismus“, dem sie „Vereinfachung und Schwarzweißmalerei“ vorwerfen. Gleich im ersten Absatz ihres Vorwortes wird in schlechter Analogie zu ihrem Forschungsgegenstand gegen „einige Wissenschaftler“ polemisiert, die „sämtliche Opfer ‚des‘ Kommunismus addieren“. Die Namen der Wissenschaftler, deren Thesen Mählert und Weber mißfallen, bleiben ungenannt. Mit dem Hinweis, „vor allem in Frankreich“ werde gestritten, „ob die Gleichsetzung der Opfer Hitlers und Stalins gerechtfertigt“ sei, wird dezent angedeutet, auf wen die beiden Mannheimer Kommunismusforscher

ihr Augenmerk gerichtet haben. Man mag ihnen zugutehalten, daß die Lokalisierung des Streitgebietes erfolgte, bevor die Kontroverse auf andere europäische Gefilde übersprang. Der unglücklichen Verortung des Streits steht allerdings die Argumentation in der Sache nicht nach. Sie ist einfach fehl am Platz.

Mählert und Weber meinen, es würde nicht genügend differenziert zwischen dem Kommunismus Pol Pots und dem russischen Bürgerkrieg von 1918 bis 1921. Ihrer Auffassung nach „sollte doch klar sein, daß sich im Bürgerkrieg ‚Weiße‘ und ‚Rote‘ gegenseitig mit gleicher Grausamkeit umbrachten“. Man reibt sich die Augen. Soll das etwa heißen, daß der Bürgerkrieg über Rußland kam wie eine Naturkatastrophe ohne spezifische Geschichte? Sollte angesichts der Gleichartigkeit von Grausamkeit auf beiden Bürgerkriegsseiten ein historiographisch differenzierbares Handeln von Verantwortungsträgern in den verschiedenen Stadien des Bürgerkrieges nicht mehr ausmachbar sein? Können künftig die Terroropfer der Franco-Truppen im spanischen Bürgerkrieg nicht mehr der faschistischen Seite zugerechnet werden, weil es auf der anderen Seite den roten Terror gab?

Die Führer der Bolschewiki jedenfalls waren keine Getriebenen eines unkalkulierbaren Bürgerkrieges. Sie trieben selbst den Bürgerkrieg bewußt voran. Lenin hat immer wieder unzweideutig und auf seine Weise rational die „Notwendigkeit“ des Terrors im Bürgerkrieg theoretisch legitimiert. Beispielsweise als er am 8. April 1920 in seiner Ansprache vor dem III. Gesamtrussischen Gewerkschaftskongreß - wo er en passant zum wiederholten Male auch zum Weltbürgerkrieg aufrief - sagte: „Im Kriege äußerte sich die Einheit des Willens darin, daß man jeden, der seine eigenen Interessen, die Interessen seines Dorfes, einer Gruppe über die Interessen der All-

gemeinheit stellte, als Egoisten brandmarkte und erschöß. Und diese Erschießungen waren gerechtfertigt durch das moralische Bewußtsein der Arbeiterklasse, daß sie den Sieg erringen muß. Über diese Erschießungen haben wir offen gesprochen. Wir haben erklärt, daß wir es nicht verheimlichen, wenn wir Gewalt anwenden, weil wir wissen, daß man ohne Anwendung von Zwang gegenüber dem rückständigen Teil des Proletariats aus der alten Gesellschaftsordnung nicht herauskommen kann.“

Stalin hat Lenins Theorie und Praxis fortgesetzt und verschärft. Mählert und Weber präsentieren Forschungsergebnisse über einen besonderen Aspekt des kommunistischen Terrors. Im Unterschied zu Curtois et aliteri, denen es um die Vernichtung der Andersdenkenden und anders Lebenden durch Kommunisten aller Länder geht, steht bei den von Weber und Mählert herausgegebenen Untersuchungen die Ausradierung von Gleichgesinnten im Mittelpunkt. Von 32 Mitgliedern des russischen Politbüros starben zwischen 1919 und 1939 mehr als die Hälfte, nämlich 17, von eigener Genossen Hand.

Aleksandr Vatlin analysiert in dem vorliegenden Sammelband die „Kaderpolitik und Säuberungen in der Komintern“. Er neigt der These zu, daß die Säuberungen, die 1936 über ausländische Kommunisten in der Sowjetunion hereinbrachen, nicht der Paranoia Stalins bzw. Intrigen seiner Paladine geschuldet waren, sondern sich „gegen ehemalige Oppositionelle in den EKKI-Abteilungen“ richtete. Die Aktionen gegen „feindliche Elemente“ einschließlich der „Umsiedlung ganzer Nationalitäten, die en bloc als Agenten des Klassenfeindes bezeichnet wurden (Polen, Deutsche, Balten, Koreaner u.a.)“, fallen nach Vatlins Auffassung unter den von Molotow geprägten Begriff der „prophylaktischen Säuberungen“.

Reinhard Müller untersucht die „Säuberungen unter deutschen Politemigranten in der Sowjetunion“ zwischen 1934 und 1938. Er weist zu Beginn seines Beitrages auf den unhaltbaren Zustand hin, daß unter Hinweis auf den Schutz des Persönlichkeitsrechtes, biographische Arbeiten über die stalinistischen Täter noch heute starken Restriktionen in den Moskauer Archiven ausgesetzt sind. Müller schildert in seinem Beitrag detailliert die Parteisäuberungen und den NKWD-Terror in den Reihen der Exil-KPD und präsentiert deprimierende Auszüge aus Berichten und Briefen der in die Sowjetunion geflohenen Hitler-Gegner. Paul Jäkel, Mitarbeiter der deutschen Vertretung beim EKKI, beschreibt etwa die Situation der KPD-Emigranten in Leningrad. Von 103 deutschen Parteigenossen, die Anfang 1937 in der Stadt lebten waren im Februar 1938 noch ganze 12 in Freiheit. Wenn man sich begegnete, war es mittlerweile üblich, statt einer Begrüßung zu fragen: „Du lebst noch?“

Müller zitiert auch einen Brief, den die Frau des verhafteten Kaderreferenten der KPD, Georg Brückmann, im Oktober 1938 an Stalin schrieb. Darin hieß es: „Es gibt fast keine deutsche Familie, die nicht von Verhaftungen betroffen ist.“ Zu Beginn der Verhaftungswelle habe es so ausgesehen, als würde gegen solche „Volksfeinde“ vorgegangen, die wegen ihrer „unkommunistischen Handlungen“ bekannt seien. Nun aber seien die deutschen Genossen ratlos. „Es kann unmöglich sein, daß die deutsche Partei in ihren Reihen so viele schlechte Elemente hatte.“ Im Anhang hat Reinhard Müller seiner Arbeit einige Dokumente beigegeben, darunter das erschütternde Gerichtsprotokoll samt Todesurteil gegen Heinrich Süßkind, 1927 - 1929 Chefredakteur der „Roten Fahne“ und Mitglied des ZK der KPD.

Fritz N. Platten beschreibt in seinem großartigen Beitrag das Schicksal Heinz Neumanns nach seiner Flucht aus Nazi-

Deutschland. Im Dezember 1934 wurde der militante Stalin-Verehrer Neumann von der Schweizer Polizei festgenommen. Er hatte unter falschem Namen in Zürich gelebt; nach ihm wurde - wegen der Ermordung der Berliner Polizeioffiziere Anlauf und Lenk im Jahre 1931 am Bülow-Platz - international gefahndet. Im Januar 1935 erging ein Auslieferungsersuchen des Berliner Landgerichts. Platten zitiert aus der Begründung dieses Ersuchens ein interessantes Detail. Demnach wären Walter Ulbricht und Hans Kippenberger zugegen gewesen, als Neumann den Mord an Anlauf anordnete. Drei Tage nach Neumanns Festnahme löste das EKKI von Moskau aus eine umfangreiche internationale Solidaritätskampagne für Heinz Neumann aus. Geleitet wurde diese Kampagne von Walter Ulbricht, Max Richter und Béla Kun. Da habe man, schreibt Platten, den Bock zum Gärtner gemacht, war doch Ulbricht laut Anklage des Berliner Gerichts selbst in die „Bülow-Platz-Morde“ verwickelt. In Rahmen der Komintern-Kampagne bezeugten zunächst sieben KPD-Funktionäre an Eides statt, Heinz Neumann habe mit dem Mord nichts zu tun, er sei durch die Schießerei völlig überrascht worden, die Mordanklage sei nazistische Propaganda. Vier dieser Eid-Genossen fielen später den stalinistischen Säuberungen zum Opfer. Walter Ulbricht aber bezichtigte später Heinz Neumann, er sei „ideologischer Stifter“ der „Bülowplatz-Provokation“, machte sich also genau jene Vorwürfe zu eigen, die er selbst nur wenige Jahre zuvor als nazistische Propaganda bezeichnet hatte. Neumann war da schon tot. Die Schweiz hatte ihn 1935 ausreisen lassen, über Frankreich gelangte er per Schiff in die Sowjetunion. In der Nacht vom 27. April 1937 wurde der einstige „Liebling Stalins“ im Hotel Lux verhaftet, „extrem lang gefoltert und am 26. November 1937 erschossen“. Seine Ehefrau, Margarete Buber-Neumann, übergaben die so-

wjetischen Kommunisten zwei Jahre später der Gestapo.

Plattens detaillierte Rekonstruktion des Falles enthält noch weitere Indizien dafür, wie Walter Ulbricht, Wilhelm Pieck, aber auch Herbert Wehner persönlich dafür sorgten, daß alle KPD-Funktionäre, die sich im Zuge der Solidaritätskampagne bereit erklärt hatten, Neumanns Unschuld in der Bülow-Platz-Mordsache zu bezeugen, „listenweise aus der KPD ausgeschlossen“ und „dem NKWD zur zuvor gebilligten Aburteilung“ gemeldet wurden. Die Opfer, bemerkt Platten treffend, waren symbiosehaft mit den Tätern verstrickt. Wären sie am Leben geblieben, so hätten die meisten von ihnen „ebenfalls so bolschewistisch gehandelt“ wie ihre Mörder bzw. die Mordgehilfen aus der KPD-Führung.

Im Zweiten Teil des Bandes geht es um die Zeit nach 1945. Jelena Subkowa schreibt über Kaderpolitik und Säuberungen in der KPdSU; Gennadij Bordjgow über SMAD und SED zwischen 1945 und 1951; Ulrich Mählert über Parteisäuberungen in der SED zwischen 1948 und 1953; Hermann Weber über Schauprozeß-Vorbereitungen in der DDR; Karel Kaplan und Frantisek Světek über politische Säuberungen in der KPC. Den meisten Beiträgen sind neuentdeckte Archivalien zur jeweiligen Thematik beigegeben.

Alles in allem liefert der Band weitere Fragmente zu dem Gesamtbild des Kommunismus im 20. Jahrhundert. Stéphane Courtois, Nicolas Werth et al. haben die Zentralperspektive gewählt und ziehen eine Gesamtbilanz, während Herrman Weber und Ulrich Mählert Forschungsergebnisse über einen besonderen Gesichtspunkt des kommunistischen Terrors präsentieren. Die Fokussierung auf „Säuberungen“ fördert weitere Einzelheiten zutage, die dem fürchterlichen Gesamtzusammenhang in seiner ungeheuerlichen Dimension weiter auf den Grund gehen. Der Blick auf die stalinistischen

Säuberungen schält ohne Zweifel ein Wesensmerkmal des kommunistischen Totalitarismus heraus. Und doch geht es dabei wesentlich um einen Aspekt, um einen bestimmten Zeitraum in der Geschichte des Gesamtphänomens. Bevor der Terror sich in der eigenen Partei austobte, raste er durch Städte und Dörfer und richtete sich gegen eine Bevölkerung, die nicht kommunistisch werden wollte, ja häufig gar nicht wußte, was Kommunismus überhaupt sein soll.

*Jochen Stadt*

**Sergej Mironenko, Lutz Niethammer, Alexander von Plato (Hg.): Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945 bis 1950. Akademie-Verlag, Berlin 1998. Bd. 1: Studien und Berichte. 598 S., 78,- DM. Band 2: Sowjetische Dokumente zur Lagerpolitik. 424 S., 78,- DM.**

Die nach 1945 auf deutschem Boden errichteten sowjetischen Speziallager waren in der DDR bis zum Ende ihrer Existenz ein Tabuthema. Obwohl im Westen über die Lager bereits seit Ende der vierziger Jahre berichtet wurde, erreichte das Thema auch hier lange Zeit kaum eine breitere Öffentlichkeit. Nach dem Fall der Mauer befaßten sich zunächst Journalisten mit der Materie. Einzelne Initiativen begannen, durch die Auswertungen von Zeitzeugenberichten zur Klärung der Geschichte der Speziallager beizutragen. Es kam zu Enthüllungen über einzelne Lager, die weitere persönliche Schicksalsberichte nach sich zogen. Nach jahrzehntelangem Schweigen konnten ehemalig Internierte erst jetzt über die Erfahrungen ihrer Haftzeit berichten. Mit ihren Erinnerungen traten Einzelheiten eines besonders düsteren Kapitel sowjetischer Besatzungsmacht zutage.

Im Dunkeln blieben bisher dennoch Antworten auf die umstrittenen Fragen nach der Zusammensetzung der Häftlinge

und den Gründen ihrer Internierung. Auch viele Fragen zur sowjetischen Lagerpolitik und -verwaltung im Kontext der Besatzungspolitik blieben unbeantwortet. Zur Klärung dieser und anderer Forschungslücken will nach sechsjährigen Recherchen in sowjetischen Archiven das russisch-deutsche Forschungsprojekt beitragen, dessen Ergebnisse in zwei Bänden vorliegen. Herausgeber sind Sergej Mironenko (Direktor des Staatsarchivs der Russischen Föderation), Lutz Niethammer (Professor am Historischen Institut der Friedrich-Schiller-Universität in Jena) und Alexander von Plato (Leiter des Instituts für Geschichte und Biographie der Fernuniversität Hagen in Lüdenscheid) in Verbindung mit Volkhard Knigge (Direktor der Gedenkstätte Buchenwald) und Günter Morsch (Direktor der Gedenkstätte Sachsenhausen). Unterstützt wurde das Projekt von zahlreichen russischen und deutschen Autorinnen und Autoren.

Der erste Band bietet einen Überblick hinsichtlich wesentlicher Aspekte der Erforschung der Speziallager, der Ausgangslage der alliierten Internierungspolitik nach 1945, des Aufbaus und der Zuständigkeit der sowjetischen Geheimpolizei, der Tätigkeit der sowjetischen Militärtribunale (SMT). Es wird ferner auf die Haftbedingungen eingegangen und eine differenzierte Untersuchung zu jedem einzelnen Speziallager vorgelegt. Abschließend werden quantitative Dimensionen anhand von Speziallagerstatistiken - etwa zu Häftlingsstrukturen oder dem Verhältnis von Internierten und Verurteilten der SMT - dargestellt. Der erste Band schließt mit einer Studie über die Waldheimer Prozesse und einer ausführlichen Bibliographie.

Im zweiten Band sind insgesamt 113 ins Deutsche übertragene Dokumente zur Internierungspolitik in der sowjetischen Besatzungszone zusammengetragen. Die vorangestellte, sehr ausführliche Einleitung des Berliner Historikers Ralf

Possekkel zur sowjetischen Besatzungspolitik illustriert anschaulich die auf sowjetischer Seite tobenden Machtkämpfe zwischen verschiedenen politischen und administrativen Akteuren und ein hiermit in Verbindung stehendes Zuständigkeitswirrwarr. Possekkel sieht einen Zusammenhang zwischen diesen Auseinandersetzungen und der Unfähigkeit der sowjetischen Besatzer, auf die sich im Winter 1946 abzeichnende Hungerkatastrophe in den Speziallagern zu reagieren. Deutlich wird, wie das Fehlen jeden Spielraums für individuell verantwortliches Verhalten ein Hinnehmen des sich abzeichnenden Massensterbens ermöglichte. Die Ignoranz der für die Lager zuständigen Einzelpersonen und Behörden, die zugleich ihre Ohnmacht war, hatte ihre Ursache in den totalitär-bürokratischen Strukturen der Sowjetmacht.

Zweierlei sei nun nicht mehr möglich, so die Herausgeber des Buches: Einerseits könne im Angesicht des Forschungsstandes niemand weiterhin die Position beziehen, die nach Kriegsende von den Sowjets in ihrer Besatzungszone errichteten Lager hätten vor allem zur legitimen Internierung von schuldhaft in das Nazi-Regime verstrickten Personen gedient. Andererseits seien auch jene Positionen widerlegt, die in den Lagern allein ein Instrument des kommunistischen Terrors erblicken und somit die Häftlinge einzig in einer Opfer-, nicht aber in einer Täterrolle darstellen. Die Wirklichkeit, so die zentrale Botschaft der vorliegenden ersten beiden Bände, sei differenzierter zu bewerten und entziehe sich einer eindimensionalen Betrachtungsweise.

Für Kenner des Forschungsbereichs liegt hierin allerdings keine echte Überraschung. So wie zeitgeschichtliche Forschung stets darauf bedacht sein sollte, kritische Distanz zu ideologieverdächtigen Instrumentalisierungen historischer Prozesse zu wahren, so hatten die genannten Extrempositionen in den Jahren seit der Wende mehr in einer polarisier-

ten politischen Diskussion um die Speziallager eine Rolle gespielt als in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung. Aus diesen Gründen bieten die Bände, wie die Herausgeber selbst eingestehen, wenig Sensationelles, dafür aber reichhaltiges empirisches Material. Es stützt die sich bereits seit längerem abzeichnenden Thesen zur Einordnung der Lager in ihren historischen Kontext, nämlich in das Spannungsfeld zwischen Entnazifizierung, alliierter Besatzungspolitik und kommunistischer Herrschaftssicherung.

Bemerkenswert ist dennoch die Zurückhaltung der Herausgeber, aus den vielfältigen Einzelanalysen und Dokumenten der beiden Bände Schlüsse zu ziehen, wo solche zulässig erscheinen. So wollen sie trotz der Faktenfülle und schlüssiger Argumentationslinien keine überzeugenden Belege dafür erkennen, daß ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen den Speziallagern, der kommunistischen Herrschaftssicherung und der Errichtung der SED-Diktatur bestand. Hier muß gefragt werden, mit welcher „eindeutigen“ Fakten ein solcher denn belegt werden könnte. Der Zusammenhang von Lagern und Herrschaftssicherung liegt doch in der Schaffung eines Klimas der allgemeinen Verunsicherung und Einschüchterung durch willkürliche Inhaftierungen ohne individuelle Schuldprüfung nach rechtsstaatlichen Maßstäben. Häufig erfolgten sie auf Grundlage von Denunziationen mit anschließender Isolierung von der Außenwelt, ohne Nachricht für die Angehörigen. Die Botschaft, die von diesem Vorgehen der Besatzer ausging, stand in trauriger Tradition zum Terror des eben untergegangenen Nazi-Regimes, das im Osten nunmehr durch ein kommunistisches System mit ebenso totalitärem Anspruch abgelöst wurde. Während sich im Westen Internierung und Entnazifizierung an rechtsstaatlichen Maßstäben orientierten und eine individuelle Schuldprüfung voraussetzten, wurde in der sowjetischen Besatzungszone nach Manier



der Besatzungsmacht ohne solche Rücksichten vorgegangen. Die Übereinkunft der Alliierten, in den jeweiligen Besatzungszonen nach eigener Rechtspraxis zu verfahren, führte in der sowjetischen Zone dazu, daß Personengruppen pauschal und nach der Maxime „schuldig bei Verdacht“ zu Höchststrafen abgeurteilt werden konnten.

Die im Vergleich zu den westlichen Zonen unverhältnismäßig größere Sterberate in den Speziallagern war auch auf den Umstand zurückzuführen, daß keine Rücksicht auf eine freie Presse oder kritische Öffentlichkeit genommen werden mußte. Auch hier wird der innere Zusammenhang des Massensterbens in den Lagern mit der kommunistischen Diktatur deutlich. Die fehlende Rechtsstaatlichkeit der Verfahren macht trotz verbesserter Aktenlage eine Rekonstruktion von persönlicher Schuld und Unschuld wahrscheinlich auf Dauer unmöglich.

Der unbestreitbare Verdienst der beiden Bände liegt in einer gründlichen Aufarbeitung, Zusammenfassung und Systematisierung des Forschungsstandes zum Thema Speziallager. Man hätte den Herausgebern jedoch mehr Mut gewünscht, zwischen den genannten Extrempositionen pointiert Stellung zu beziehen.

*Julia Wilmes*

**Das SKK-Statut. Zur Geschichte der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland 1949 bis 1953. Eine Dokumentation. Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte zusammengestellt und eingeleitet von Elke Scherstjanoi (Texte und Materialien zur Zeitgeschichte; Bd. 11). Verlag K. G. Saur, München 1998. 239 S., 178,- DM.**

Mit der Publikation der Berliner Historikerin Elke Scherstjanoi werden erstmalig authentische Materialien über die Entstehungsgeschichte, Arbeitsweise, Struktur und personelle Besetzung der Nachfolge-

einrichtung der SMAD der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland (SKK) einer interessierten Öffentlichkeit vorgestellt. Achtunggebietend ist die Edition schon deshalb, weil die internationale Historikergilde über eine erste Problematisierung des Forschungsgegenstandes SKK bisher nicht hinauskam.

Die Quellengrundlage für die Dokumentation erschloß die Bearbeiterin nach langjährigen Recherchen im Archiv der Außenpolitik der Russischen Föderation (AVPRF), im Russischen Zentrum zur Aufbewahrung und Erforschung der Dokumente der neuesten Zeit (RCChIDNI) und in der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch). Hemmend auf die Realisierung des Projekts wirkte sich die restriktive und selektive Bearbeitung der Nutzungsanträge im AVPRF aus. So wurden z. B. die Akten aus dem SKK-Bestand nicht vollständig zur Einsicht freigegeben und in westeuropäischen Archiven übliche Findhilfsmittel nicht zur Verfügung gestellt.

Den Mittelpunkt der Veröffentlichung bildet das Statut der SKK, welches erst im Frühjahr 1950 vom Ministerrat der UdSSR, deren Organ sie war, zum Beschluß erhoben wurde. Unter Berücksichtigung zweier Entwurfsfassungen und der Änderungsvorschläge des sowjetischen Außenministers A. J. Wyschinski versucht Scherstjanoi, die Genesis dieses Dokuments aufzuzeigen. Es belegt nachdrücklich, daß die DDR 1949 keinen unabhängigen Status („Souveränität auf Vorbehalt“) erhielt und sowjetische Einrichtungen in den 1945 westlich der Oder-Neiße-Linie eingenommenen deutschen Gebieten nach wie vor staatliche Weisungsfunktionen ausübten. Die SKK, die in erster Linie die „Verwirklichung des Potsdamer und anderer gemeinsamer Abkommen der Alliierten in bezug auf Deutschland“ in der Ostzone gewährleisten sollte, kontrollierte mit ihren zeitweilig fast 4.000 Mitarbeitern wichtige

gesellschaftliche Bereiche in der DDR, u. a. die Polizei-, Justiz- und Militärstrukturen, das Wirtschafts- und Planungsressort - hier insbesondere hinsichtlich der Reparationsleistungen und der Rüstungsproduktion -, die Tätigkeit des Post- und Fernmeldewesens sowie die Kaderpolitik und Entwicklung der Parteienlandschaft.

Neben dem internen Regelwerk der SKK umfaßt der Dokumententeil Ausarbeitungen aus den Verwaltungen der sechs Landesvertretungen der Kommission. Sie enthalten Entwürfe bzw. Auszüge aus Entwürfen für die statuarischen Festlegungen der Landesvertretungen und stellen mit ihrem Präambel-Teil eine wichtige Zuarbeit für das Konzept der Gesamtverordnung dar. Ungeachtet des Umstands, daß die Vorlagen nicht durch einen Ministerratsbeschluß abgesegnet wurden und letztlich im Entwurfstadium verblieben, dokumentieren sie die konkretesten und umfänglichsten Vorstellungen bzw. Absichtsbekundungen zu Kompetenzen, Arbeitsweise und Arbeitsinhalten zentraler und territorialer sowjetischer Besatzungsbehörden. Die Statutenentwürfe aus Mecklenburg, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Thüringen und Berlin spiegeln in ihrer Vielfalt Ansätze differenzierter Positionsfindung und Prioritätensetzung wider, bringen unterschiedliche Praxiserfahrungen und politisch-ideologische Prägungen ihrer Autoren zum Ausdruck und belegen die Berücksichtigung geographischer und sozialer Besonderheiten jedes Landes.

Weiterhin wurden im Dokumententeil zwei Bestimmungen für die Berichterstattung deutscher staatlicher Organe und drei Mitarbeiterverzeichnisse der SKK aufgenommen. Die Originale dieser Unterlagen befinden sich im SAPMO-BArch. Ein Anlagenanhang, bestehend aus Materialien über das SKK-Personal und einer Aufzählung von SMAD-Befehlen, deren Gültigkeit Anfang Februar 1950 überprüft wurde, ergänzt die Quellenedition. Dabei blieb dem Rezen-

senten jedoch unklar, warum das letztgenannte Schriftstück keine Aufnahme in den Dokumententeil fand.

Wie wichtig die 13 vorgestellten Archivalien insbesondere für die Rekonstruktion und Illustration der SKK-Praxis Ende 1949/Anfang 1950 auch sind, so kann mit ihnen nur eine Annäherung an die noch vielen offenen, in Fachkreisen heiß diskutierten Fragen zur sowjetischen Besatzungs- und Deutschlandpolitik - etwa zum Prozeß der Entscheidungsfindung auf oberster politischer Ebene - erreicht werden. Um die Relevanz des SKK-Statuts beurteilen zu können, müßte ein Vergleich mit analogen Regularien der SMAD, mit den Arbeitsrichtlinien für sowjetische Okkupationsbehörden in anderen Ländern, beispielsweise in Österreich, und mit den Dienstvorschriften der westlichen Besatzungsorgane in Deutschland vorgenommen werden.

Im Gegensatz zur fragmentarischen Quellenedition stellt die Einleitung eine systematische, in sich geschlossene Studie über Geschichte, Aufbau und Arbeitsweise der SKK dar. Mit der Schwerpunktsetzung auf die Entstehungsgeschichte des SKK-Statuts beschreibt die Autorin die Metarmophose einer militärisch ausgerichteten Okkupationsbehörde (SMAD) zu einem zivilen Kontrollorgan. Sie skizziert ein „sehr viel differenzierteres, in Einzelfragen konkreteres Bild über die [oft schwankende - P. E.] sowjetische Deutschlandpolitik nach 1949, als es bisher vorherrscht[e].“ So zeigt sie auf, daß die Treffen zwischen SKK-Verantwortlichen und DDR-Vertretern, von denen die deutsche Seite keine protokollarischen Aufzeichnungen anfertigen durfte, „nicht ausschließlich dem Informationsfluß, der deutschen Rechenschaftslegung und der Vermittlung sowjetischer Anweisungen dienten“, sondern „häufig den Charakter einer Dienstbesprechung“ annahmen, auf der SED-Politiker ihre Vorstellungen in die „Empfehlungen“ der SKK-Leitung einbringen konnten.

Auch nach intensiven Archivstudien kann Elke Scherstjanoi nur vage Aussagen über die internen Arbeitsabläufe der SKK treffen. Völlig im Dunkel bleibt weiterhin die Wechselbeziehung zwischen SKK und dem sowjetischen Geheimdienst in Deutschland. Dieses Thema wird in der Einleitung lediglich als Fragestellung problematisiert.

Ausführlich analysiert die Autorin die Auflösung der Kommission im Kontext mit dem Entscheidungs- und Handlungswirrwarr des 17. Juni 1953 und wertet „die Ersetzung der SKK durch einen hohen Kommissar als deutschlandpolitisch-reformerisches Signal gen Westen“.

Abschließend kann festgestellt werden, daß die Publikation von E. Scherstjanoi unabhängig von den Kritikpunkten und „weißen Flecken“, die vorrangig aus der Archivsituation in Moskau resultieren, ein Standardwerk darstellt, an dem sich jeder Wissenschaftler, der sich mit der SKK-Thematik beschäftigt, messen muß.

*Peter Erler*

**Heiner Timmermann (Hg.): Diktaturen in Europa im 20. Jahrhundert. Der Fall DDR. Duncker & Humblot, Berlin 1996. 732 S., 144,- DM.**

Die DDR-Forschung erlebt seit dem Zusammenbruch der DDR und der deutschen Vereinigung eine erstaunliche Renaissance, die nicht nur auf die durch Öffnung der Archive neugewonnenen Möglichkeiten dieses Forschungsfeldes verweist, sondern auch die Defizite und Schwächen der alten DDR-Forschung offenlegt. Wie bemüht die alte Forscherriege vor allem aus dem Umfeld der systemimmanenten DDR-Forschung auch sein mag, eigene Versäumnisse zu verne-

beln oder nachträglich zu legitimieren – der aktuelle Forschungsstand spricht für sich. Als ein Forum für die Präsentation neuer Forschungsergebnisse hat sich die jährliche Tagung von DDR-Forschern in der Europäischen Akademie Otzenhausen etabliert. Die Ergebnisse der 1995er Tagung hat Heiner Timmermann im vorliegenden Sammelband veröffentlicht.

Die unter der Rubrik „Herrschaftsgeschichte“ versammelten Beiträge befassen sich schwerpunktmäßig mit der Rolle des Rechts in der DDR, der FDJ sowie mit dem MfS. Klemens Pleyer zeigt am Beispiel des Bürgerlichen Rechts (Zivilrecht), in welchem Ausmaß das Recht zum Herrschaftsinstrument der SED-Führung geformt wurde, und daß auch auf diesem Feld der Rechtsprechung politische Lenkung und Willkür und nicht etwa Rechtssicherheit vorherrschte. Einer der profiliertesten Kenner des DDR-Rechts, Friedrich-Christian Schroeder, kommentiert Entscheidungen des Bundesgerichtshofs zur Rechtsprechung in der DDR – zusammenfassend und zugespitzt – mit den Worten: „Es gibt zahlreiche Fälle, in denen die DDR-Richter den Wortlaut der Gesetze kraß überschritten haben – so die Verurteilung in dem von mir genannten Fall -, und es ist ausgesprochen peinlich, wenn die rechtsstaatliche Justiz jetzt daran geht, die Begründungen, die damals von den DDR-Richtern nicht gefunden worden sind, nachzuliefern.“

Hans-Peter Müller zeichnet die Grundlegung staatlicher Verwaltung in der SBZ anhand von Akten des Zentralen SED-Parteiapparats nach. Die DDR-Bürokratie war hiernach keine Bürokratie im Sinne Max Webers, sondern eine von der SED-Führung und ihrem Parteiapparat abhängige. Sie nahm die Gestalt einer „politisierten Gesinnungsverwaltung sowjetischen Typs“ ein. Die Amtsausübung erfolgte nicht nach rationalen Kriterien, sondern nach politischen Vorgaben.

Während die Herrschaftsgeschichte der DDR in der aktuellen Forschung kaum mehr umstritten ist - abgesehen von der Einordnung der DDR insgesamt -, geht es auf dem Feld der „Gesellschaftsgeschichte“ kontroverser zu. Konnte sich die DDR-Gesellschaft dem totalitären Herrschaftsanspruch der Führung zumindest bereichs- und phasenweise entziehen? Wo lagen die Grenzen der Herrschaft? Mit welchem methodischen Zugang läßt sich die DDR-Gesellschaft angemessen und plausibel beschreiben? Die Antworten fallen verschieden aus, so auch in diesem Band.

Ulrich Neuhäuser-Wespy zeigt anhand der Historikerkonferenzen der SED 1956 bis 1958, wie der Prozeß der „Gleichschaltung“ der Geschichtswissenschaft bzw. der Historiker zwar nicht ohne Widersprüche verlief, dennoch letztlich erfolgreich beendet werden konnte. Die SED-Führung setzte die „Parteilinie“ rigoros durch, und die Historiker hatten demgemäß zu arbeiten. Wer sich sträubte, wurde diszipliniert; allenfalls die Prominenz schützte einzelne Historiker vor schmerzenden Sanktionen.

Konstatiert Neuhäuser-Wespy die weitgehende Schließung von Spielräumen für Historiker, behauptet Rüdiger Thomas ebensolche für DDR-Literaten: „Die Kultur, die im Osten Deutschlands entstand, ist vielfältig und mehrschichtig. Eine Kulturgeschichte, die sich primär als Politikgeschichte im Kulturmilieu begreift, versperrt sich den Zugang zur Geschichte der Kultur als einer Geschichte ästhetischer Selbst-Behauptung und kreativem Eigen-Sinns.“ Die Belege für diese kühne Behauptung fallen freilich eher dürftig aus. Die restriktiven und bisweilen selbstzerstörerischen Momente totalitärer Kulturpolitik werden von Thomas übersehen, einzelne bemerkenswerte Ausnahmen überschätzt.

Wenig überzeugen kann auch der Beitrag von Jörg Roesler, der die wirtschaftliche Entwicklung Ostdeutschlands in der

Nachkriegszeit mit der nach 1989 vergleicht. Der Autor behauptet allen Ernstes, die enorme Verringerung ostdeutscher Forschungs- und Entwicklungsabteilungen sei wesentlich verantwortlich für den verlangsamten Rekonstruktionsprozeß nach 1989. Anders und „besser“ verlief aus seiner Sicht die Entwicklung nach 1945: Hier sei auf planwirtschaftlicher Basis eine beachtliche Aufbauleistung gelungen. Ein derartig ahistorischer Vergleich, der weder die unterschiedlichen Voraussetzungen noch die gewachsenen Strukturen berücksichtigt, sagt – vorsichtig formuliert – wenig aus.

In welcher Weise die Abteilung X des MfS auch in den „sozialistischen Bruderländern“ sowie in kommunistisch orientierten Ländern der Dritten Welt operierte, analysiert der Beitrag von Monika Tantzsch. Dabei ging es dem MfS weniger um Aufklärung und Ausschaltung westlicher Geheimdienste als um die Prävention möglicher „Konterrevolutionen“ in den „Bruderländern“.

Aber auch diese Internationale der sozialistischen Repressionsagenturen konnte Niedergang und Zusammenbruch des sowjetimperialen Sozialismus nicht verhindern. Die Aufarbeitung der Diktatur gestaltet sich gleichwohl schwierig, wie Gerhard Besier am Beispiel der weitgehend ausgebliebenen Schuldeinsicht von Verantwortlichen und Mitläufern der SED-Diktatur aufzeigt. Die jährlichen DDR-Forschertagungen in Otzenhausen können – wie dieser Band eindrucksvoll belegt – einen Gegenbeitrag leisten.

*Klaus Schroeder*

**Günther Rüther (Hg.): Literatur in der Diktatur. Schreiben im Nationalsozialismus und DDR-Sozialismus. Ferdinand Schönigh-Verlag, Paderborn 1998, 508 S., 29,80 DM.**

Totalitäre Diktaturen widersprechen von Grund auf der freien Kunst. Ihr Anspruch, auf den ganzen Menschen zuzugreifen, macht die Möglichkeit individueller Entfaltung von Persönlichkeit und damit freier Kunst zunichte. Die Schriftstellerin Herta Müller beschreibt in einem literarischen Bericht, wie in einem rumänischen Kindergarten infolge des Personenkultes um Ceaucescu fünfjährige Kinder in Aussehen und Habitus wie leibhaftige Klone des Diktators wirkten - „sie hatten gar keine andere, eigene Gestik“ - und sangen statt Sommerliedern lieber die Parteihymne. „Das Staunen, ... das durch poetische Bilder zusammengefaßte Hören und Sehen ... - es wurde mit Absicht von ihnen fern gehalten.“

Was macht poetisches Leben und Schreiben in den beiden deutschen Diktaturen des 20. Jahrhunderts aus? Dieser schlichten und doch komplexen Frage widmet sich das Sammelband, in dem der Text abgedruckt ist. Bei der Beantwortung durch das heterogene Profil von insgesamt 22 Autor/-innen verschiedener Fachdisziplinen treten die bekannten Nutzen und Nachteile von Sammelbän-

den zutage. Die Bedingungen und Realitäten literarischen Arbeitens in modernen Diktaturen werden nicht systematisch analysiert - es fehlt etwa ein Text, der einleitend oder zusammenfassend Verbindungslinien zwischen den einzelnen Beiträgen herausarbeitet. Statt dessen offenbart sich ein buntes Ensemble von Aufsätzen, das in seiner Vielfalt natürlich auch zur Fundgrube werden kann. Man muß sich eben auf die Suche machen.

Die interessanteste Herausforderung des systematischen Vergleichs wird - zumindest ansatzweise - lediglich in den Beiträgen von Eberhard Lämmert und Günther Rüther aufgegriffen. Rüther trifft die Unterscheidung, daß die Nationalsozialisten überwiegend an einer pompösen Inszenierung und Ästhetisierung ihrer Politik, v.a. über Architektur, bildende Kunst oder Produktkultur interessiert waren und Literatur als Propagandainstrument nachrangige Bedeutung hatte. Im Gegensatz dazu sei den DDR-Literaten bei der Schaffung des „neuen Menschen“ eine „große Erziehungsaufgabe“ (Anna Seghers) zugekommen, die viele mit der Bereitstellung einer „Ästhetik des Bestands“ auch aktiv wahrnahmen.

Die unterschiedliche politische Wertschätzung zeigt sich auch an der jeweiligen institutionellen Vereinnahmung. Während die gesamte Kulturpolitik in der DDR streng zentralisiert war, zeichnete sich die Situation im Dritten Reich durch eine „Herrschaft miteinander konkurrierender Bürokratien“ (Jan-Pieter Barbian), v.a. zwischen Reichskulturkammer und Propagandaministerium, aus.

Lämmert macht auf der Suche nach vergleichbaren Mechanismen zwischen NS- und SED-Regime zwei Kategorien auf, die als Orientierungshilfe auch für die Lektüre der anderen Beiträge des Buches dienen können. Er unterscheidet nach „Deformationen“ durch das System und Nischen, in die man sich mit „List“ flüchten konnte. In die erste fallen neben der schon erwähnten Unterordnung unter

zentralistische politische Dachverbände Phänomene wie (innere) Emigration, (Selbst-) Zensur, Reiseverbote, verordnete Sprachregelungen, Angst sowie das Zerwürfnis zwischen Exilautoren und Dagebliebenen, z.B. den inneren Emigranten. Als Beispiele für Nischen nennt Lämmert das literarische Tagebuch, den historischen Roman, Naturlyrik (z.B. Huchel, S. Kirsch), Dokumentartexte (z.B. M. Wander, I. Liebmann), illegale Publikation, Veröffentlichung im Ausland und als besonders perfiden Ausweg die Flucht in den Konjunktiv. Kann man sich eine tiefenwirksamere Repressionsmaßnahme vorstellen, als Menschen den sprachlichen und damit auch gedanklichen Ausdruck im Indikativ, der Wirklichkeitsform, zu vermauern? „Das meiste von dem, was verboten ist, wird gar nicht erst geschrieben“ (Jurek Becker).

Der Großteil der Beiträge beschäftigt sich exemplarisch mit Verstrickungen von Leben und Werk einzelner, meist prominenter Autor/-innen mit bzw. in der Diktatur (u.a. Th. Mann, Benn, Seghers, Brecht, Huchel, C. Wolf, de Bruyn, H. Müller). Dabei werden Grauzonen zwischen Nutznießertum und Kunstautonomie aufgezeigt, wenn „wieder ein Leben daraus wurde“ (Margret Boveri). Besonders anschaulich wird dies in den Aufsätzen über Günther Eich und Johannes R. Becher. Präzise und einfühlsam bringt Axel Vieregge nahe, wie Eich der eigenen Fehlbarkeit während der Nazi-Zeit begegnet. In über 160 Rundfunkproduktionen avancierte Eich zu einem der beliebtesten Funkautoren der Zeit. In seiner anti-rationalen, auf Innerlichkeit gerichteten Grundhaltung hatte er der „Konservativen Revolution“ nahe gestanden und mit einer äußerst niedrigen Mitgliedsnummer (Nr. 59) der Reichsschrifttumkammer sowie Propagandahörspielen unverkennbare Zugeständnisse an die Ideologie gemacht. Nach dem Krieg leistete Eich exemplarische Trauerarbeit. Indem er in Hörspielen seine Verfehlun-

gen reflektierte und es sich, stellvertretend für die Dichter dieser Zeit, zur Aufgabe machte, der Toten und Trostbedürftigen zu gedenken, erlangte er moralische Bedeutung. Das Zerbrechen an der Spaltung zwischen Dichter und Regimediener zeigt Walter Schmitz in einem hervorragenden Aufsatz zu Johannes R. Becher, der „mit seinem Leben und Werk ... für alle die stehen [mag], die sich mit totalitärer Herrschaft identifizierten und arrangierten im Glauben, die Werte deutscher Tradition zu verwirklichen“.

Neben den meist literaturwissenschaftlichen Betrachtungen formuliert der Beitrag von Joachim Walther zu Schriftstellern und Staatssicherheit in der DDR, ähnlich wie der Text von Herta Müller, eine klare, pointiert politische und ästhetische Position. Wer sich an einem eindeutigen Repressionsapparat wie dem MfS beteilige, trage zur Degeneration eines Landes zum „semiotischen Sprech- und Denkgehege“ bei und begehe „Verrat nicht nur an Personen, sondern auch Verrat an der Kunst“, so Walther.

Im Anhang des Buches findet sich eine ausführliche Bibliographie sozialwissenschaftlicher und literaturwissenschaftlicher Publikationen. Dank eines Namensregisters lassen sich Hinweise auf bestimmte Autor/-innen, die in den Aufsätzen verstreut sind, schnell finden. Trotz des Fehlens systematisch vergleichender Abschnitte gibt das Buch insgesamt einen breit gefächerten und materialreichen Einblick in Bedingungen und Wirkungen sowie Ähnlichkeiten und Unterschiede des Schreibens in beiden deutschen Diktaturen dieses Jahrhunderts.

Nicht durch Zufall erweist sich eine bestimmte Art von Literatur als besonders verfolgt und resistent zugleich: nämlich diejenige, die den Lesenden keine eindeutigen Botschaften vermitteln, sondern Spielräume eröffnen will - Texte, die eine Welt sind, gegen die Welt zu halten.

*Thomas Wild*



**Petra Stuber: Spielräume und Grenzen. Studien zum DDR-Theater. Christoph Links Verlag, Berlin 1998, 403 S., 48,- DM.**

Petra Stuber lenkt den Blick auf den engen Zusammenhang zwischen politischen Bedingungen und ästhetischer bzw. dramaturgischer Umsetzung von Theaterarbeit. Dabei entwickelt sie zwei interessante aufeinander aufbauende Thesen: In den siebziger und achtziger Jahren habe sich das DDR-Theater grundlegend verändert. In einer Art „Moderne-Schub“ sei mit dem bis dahin vorherrschenden Modell des „sozialistischen Nationaltheaters“ gebrochen worden und avantgardistische Konzepte hätten die ästhetische Führungsrolle übernommen. Auf diese Weise, so der zweite Schritt, habe das DDR-Theater genau in dem Moment seine spezifische Identität verloren, in dem es sich von seiner ursprünglichen Konzeption verabschiedete.

Um deutlich zu machen, wovon sich die Entwicklung seit den siebziger Jahren absetzt, versucht Stuber im ausführlichen ersten Teil aus der „Idee vom Nationaltheater“ die Eigenheit des während der ersten 20 Jahre dominierenden Konzepts herauszuarbeiten. Vor allem entlang der beiden Personen Wolfgang Langhoff und Bert Brecht, die über vier Jahre hinweg - bis Brecht 1954 endgültig ins Theater am Schiffbauerdamm umziehen konnte - am Deutschen Theater wirkten, wird das Verhältnis von (kultur)politischen Umständen zur Arbeit auf der Bühne untersucht.

Bei allen Differenzierungen und Widersprüchlichkeiten, die Stuber stets exakt recherchiert belegt, wird an Langhoff eher der Typus des „Nationaltheater“-Machers gezeigt. Beispielsweise widersprach Langhoffs ideelles Klassikverständnis im Grunde der instrumentellen Herangehensweise der SED. Für den loyalen Regisseur ließ sich dennoch der Konsens mit der SED finden, daß die Klassik als idealistische Projektionsflä-

che für das „humanistische Gegenwartprojekt“ von herausragender Bedeutung sei. Das Ergebnis solch ambivalenter Kooperation zeigte sich etwa in der Faust-Inszenierung von 1954, die von der Darstellung positiver Helden, die den Zuschauern als Vorbild dienen sollten, „optimistischer Fortschrittsgedanken“ und dem Effekt einheitsstiftender Gefühle bestimmt war.

Brechts Herzensangelegenheit bestand dagegen eher in der Bearbeitung der „deutschen Misere“. Kulminierend in seiner Inszenierung von Lenz' „Hofmeister“ 1950 habe er sich gegen das idealisierende und harmonisierende Klassikerbild gewandt, im Gegensatz zu Langhoffs Arbeitsweise massiv in die klassische Textgestalt eingegriffen, den gespaltenen Menschen einer dissonanten Moderne kenntlich machen wollen, gar in Anspielung auf seine eigene Lage das Bild der Kastration des Intellektuellen auf die Bühne gebracht - und sich letztlich dennoch mit dem Nationaltheater als „Großprojekt ... durchaus einverstanden“ gezeigt.

Im kürzeren zweiten Teil stellt Petra Stuber mit Arbeiten von Frank Castorf, Jo Fabian und der Gruppe Zinnober wesentliche Vertreter der neuen Generation vor. Das Schanier zur ersten Phase hatten Phänomene wie die Umwertung der Klassiker-Rezeption oder Debatten um Benno Bessons „leibhaftiges Theater“ bzw. dessen programmatische Arbeiten an der Berliner Volksbühne verkörpert. Bei der seit den siebziger Jahren stattfindenden „Wiederentdeckung und Emanzipation der europäischen Avantgardebewegungen“ habe etwa Castorfs Stilmix Elemente aus dem Expressionismus und Dada aufgegriffen, Fabian aus dem Bauhaus-Theater zitiert und Zinnober stehe für die Etablierung einer freien Theaterszene in der DDR. Insgesamt sei das DDR-Theater damit „in die europäische Theatergeschichte am Ende des 20. Jahrhunderts zurückgekehrt“.

In einem dritten Teil werden einige wichtige Dokumente zur Theaterpolitik der DDR aufgeführt, wobei das beinahe vollständige Protokoll der I. Deutschen Stanislawski-Konferenz von 1953 besondere Erwähnung verdient. Dort wurde in erster Linie über Inszenierungsmethoden des „illusionistischen Theaters“ debattiert, welches das Ziel verfolgte, Gefühle von „Echtheit“ und „höchster Natürlichkeit“ zu vermitteln. Im Zentrum des Dokuments steht der erstmals komplette Abdruck des Hauptreferats von Wolfgang Langhoff, in dem er sich inhaltlich wie sprachlich der Macht anbiedert und praktisch das Theaterkonzept der SED als anzustrebendes Ideal stilisiert. Langhoff: „Wir sehen also, daß die erste Grundbedingung für die richtige Erfassung des Ideengehaltes eines Werkes die Weltanschauung des Betrachters, seine Parteilichkeit ist.“

Petra Stubers Suche gilt im Grunde dem Bitterfelder Weg des Theaters in der ersten Phase der DDR, d.h. der Frage, welche ästhetischen Transmissionsriemen für die politische Ideologie der SED, mit dem Ziel eines staatstragenden Theaters, entwickelt wurden. Die zahlreich eingearbeiteten, z.T. neuen Archivmaterialien illustrieren und plausibilisieren ihre Argumentation. Dabei entsteht ein Bild ständiger Bewegung und Gegenbewegung um das zentrale Paradigma des sozialistischen Nationaltheaters.

Die differenzierte Darstellung der historischen Umstände, die auf scharfsinnig angenehme Art z.B. biographische Widersprüchlichkeiten nicht zwanghaft zu glätten versucht, schwächt paradoxerweise Stubers zugespitzte These der theaterpolitischen Zeitenwende in den siebziger Jahren. Nimmt man den Text beim Wort, beginnen die Differenzen Brechts zum herrschenden Theaterkanon der DDR bereits Ende der vierziger Jahre. Brecht galt zu dieser Zeit neben Beckett als der wichtigste Protagonist des modernen Theaters in Europa. Er säte damals schon

den Samen aus, der 20 Jahre später mit breiter dialektischer Wirkung aufging: die Forderung nach einer Ausweitung ästhetisch-konzeptioneller Spielräume bei gleichzeitiger Wahrung der politischen Grenzen in parteilicher Solidarität.

*Thomas Wild*